Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstraße 2-3 * Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstraße 2 * Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 * Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr * Anzeigenpreisliste 3 * J. v. W. g. * Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 8	Berlin, den 15. April 1936	17. Jahrgang

Polen „organisiert den Frieden“

Polen möchte das östliche Mitteleuropa „organisieren“. Es glaubt damit einen Beitrag zur „Organisierung des europäischen Friedens“ zu liefern. Es stimmt mit Frankreich darin überein, daß dieser Teil Europas *unter Ausschluß Deutschlands* organisiert werden soll. Es ist jedoch anderer Meinung als Frankreich in der weiteren Frage, wem dabei die *Führung* zufallen soll. An der Donau scheint Polen seine Interessen durch ein *Zusammengehen mit Italien* für hinreichend gesichert zu halten. An der Ostsee aber möchte es die Zusammenfassung der kleineren Staaten, zu deren Wortführer es sich in London gemacht hat, selbst übernehmen. Seit Jahren hat die polnische Außenpolitik großen Wert auf die *Ausgestaltung der Beziehungen zu den nordischen Staaten*, vor allem zu Schweden, gelegt. Der Gdingener Hafen hat dabei die wirtschaftliche Mittlerrolle gespielt. Für die große Politik sind diese nordeuropäischen Bemühungen des polnischen Außenministers angesichts der traditionellen Abneigung Schwedens gegen jede außenpolitische Aktivität bisher ohne besondere Bedeutung gewesen. Jetzt aber scheint Polen den Augenblick für gekommen zu halten, *wo sich das freundschaftliche Verhältnis zu den nordischen Staaten als polnisches Aktivum in die große Politik einführen läßt.* Bei den Londoner Verhandlungen hat das Zusammenspiel mit diesen Staaten bereits gut funktioniert. Die Voraussetzung eines guten Funktionierens ist, vor allem was Schweden anlangt, allerdings, daß Polen es unterläßt, diesem Zusammenspiel eine gegen eine dritte Macht gerichtete Wendung zu geben. In dieser Beziehung hat Polen *kein reines Gewissen.* Bisher jedenfalls hat kein Pakt die festgewurzelte polnische Meinung umzustoßen vermocht, daß *in allen die Ostsee berührenden Fragen ein naturnotwendiger Gegensatz zwischen Deutschland und Polen* bestehe. Es ist in diesem Zusammenhange bezeichnend, daß sich das Baltische Institut in Thorn, das für die polnische Meinungsbildung in allen „meerespolitischen“ Angelegenheiten maßgebend ist, hartnäckig weigert, Deutschland als Ostseestaat anzuerkennen! Die nordischen Staaten verspüren keinen politischen Anreiz, sich eine derart boshafte Auffassung zu eigen zu machen. *Die Mentalität der polnischen Ostseepolitik ist ihnen fremd*, wenn sie sich mit manchen wirtschaftlichen Folgeerscheinungen dieser Politik auch mehr oder weniger einverstanden erklären.

Etwas günstiger liegen, was die psychologische Grundeinstellung betrifft, *die polnischen Aussichten in den baltischen Staaten.* Die Versuche einer baltischen Blockbildung unter polnischer Führung sind so alt wie der polnische Staat. Polen steht in der baltischen Politik bisher immer noch dort, wo es sich schon *vor 14 Jahren* befand: Damals wurde in Warschau ein Vertragsentwurf paraphiert, der für Lettland, Estland, Finnland und Polen die Verpflichtung vorsah, vor dem Abschluß neuer Verträge und Abkommen jeweils mit einander in Fühlung zu treten; aber die Weigerung Finnlands, den Vertrag zu ratifizieren, brachte Polen damals um den erhofften Erfolg. Auch Oberst Beck hat seine Außenpolitik schon mehrfach in nordöstlicher Richtung vorzutragen versucht. Auch er ist bisher stets *an der russischen Drohung gescheitert, die in der Frage der polnischen Zusammenarbeit mit einem Block der baltischen Staaten zugleich Treibkraft und Hindernis* ist. In letzter Zeit jedoch scheint Polen sich jenem Ziele zu nähern, dem es bereits 1922 einmal nicht mehr fern zu sein glaubte. Einmal haben sich die Beziehungen zu *Estland*, die ohnehin niemals schlecht waren, mit der inneren Stabilisierung dieses Staates unter dem Regime Päts-Laidoner *beträchtlich gefestigt.* Und zum andern hat *Lettland* durch den kürzlichen Besuch des Staatssekretärs Munters in Warschau seinen Wunsch nach einer Annäherung an Polen bekundet. Aber *Litauen* bleibt nach wie vor der wunde Punkt in Polens baltischen Plänen. *Die Bereitschaft der kleineren Staaten zu einer Zusammenarbeit mit Polen ist um so größer, je weiter diese Staaten von Polen entfernt sind.* Das ist übrigens eine Feststellung, die nicht nur in bezug auf die baltischen Staaten gemacht werden kann. Ob hierin ein Mißtrauensvotum gegen die polnische Außenpolitik liegt, mag dahingestellt bleiben.

Wie Polen selbst über die Aussichten seines geplanten Beitrages zur „Organisierung des europäischen Friedens" denkt, läßt sich bei der notorischen Schweigsamkeit seiner verantwortlichen Stellen schwer sagen. Es ist aber klar, daß es kein leichtes Unternehmen sein kann, in einem Teile Europas eine politische Konstruktion zu errichten, die auf die Nord-Süd-Linie abgestellt ist, während *alle großen Entscheidungen der europäischen Politik auf der West-Ost-Linie liegen.* Es ist weiter auch klar, daß ein Staat, der zur Erreichung eines politischen Zieles mehrere andere Staaten um sich zu sammeln gedenkt, auf diese nur dann die notwendige *Anziehungskraft* ausüben kann, wenn er sie auch *vor den etwaigen unangenehmen Folgen seiner Politik zu schützen vermag.* In dieser Beziehung scheint man auch in Polen selber nicht allzu optimistisch zu sein. Daß ein Staat einen bestimmten Teil der Erdoberfläche bedeckt und über gewisse wirtschaftliche und menschliche Kraftreserven verfügt, reicht noch nicht aus, um ihn die Rolle einer Großmacht spielen zu lassen. Es kommt darauf an, ob und wie die vorhandenen wirtschaftlichen und menschlichen Kräfte zur Lösung politischer Aufgaben mobilisiert werden können. Je mehr sich Polen in die große Politik einzuschalten versucht, um so mehr fällt es naturgemäß ins Gewicht, daß die polnische Industrie nur schwach entwickelt und überdies technisch veraltet ist, daß die Entwicklung der polnischen Volkswirtschaft durch erhebliche Konstruktionsfehler gestört wird und daß Polen im Ausbau seiner militärischen Kräfte während der letzten Jahre weder mit Deutschland noch mit der Sowjetunion hat Schritt halten können. Derartige Tatsachen müssen berechtigte Zweifel an der Befähigung Polens, auf eigene Faust die Führung einer bestimmten Staatengruppe zu übernehmen, aufkommen lassen. Und das ist der Punkt, an dem wieder die Frage nach einem Helfer bei der Verwirklichung der polnischen Pläne auftaucht, — eine Frage, auf die vermutlich bei dem in Aussicht genommenen Besuch des Generalinspekteurs der polnischen Armee in Paris eine Antwort erteilt werden wird.

Dr. K.

Polonisierung: Polens politisches Hauptziel

Es ist eine alte Erfahrung, daß ein in seiner nationalen Kultur und in seiner materiellen Tüchtigkeit überlegenes Volkstum eine gewisse Anziehungskraft gegenüber seiner Umgebung besitzt. Die Furcht vor dieser Anziehungskraft ist es in der Hauptsache, die die polnische Presse dazu veranlaßt, der deutschen Volkstumsarbeit im Osten eine „germanisatorische“ Absicht anzudichten. Es ist interessant, zu beobachten, daß die Polen einen Vorgang, den sie, sofern er sich in Deutschland abspielt, als verabscheuungswürdig bezeichnen, dann, wenn er sich in Polen abspielt, für ganz natürlich und für moralisch gerechtfertigt halten. Sie schimpfen über die „Germanisierung“, aber sie loben die Polonisierung. Im Grunde ist jeder Pole davon überzeugt, daß es nicht nur „das unvermeidliche Schicksal“, sondern sogar „die loyale Pflicht“ der in den Grenzen des polnischen Staates lebenden Angehörigen fremden Volkstums zu sein hat, im Polentum unterzugehen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur in bezug auf das Tempo, in dem dieses Schicksal vollendet und diese „Pflicht“ erfüllt werden soll.

So verweist der Verfasser einer vom Polnischen Westverband herausgegebenen Schrift „Ueber den deutschen Einfluß auf die polnische Kultur“ voller Stolz auf die in früheren Jahrhunderten nach Polen eingewanderten Deutschen, die, „dem Zauber der polnischen Kultur erliegend, die ihrige verwarfen, um treue Söhne Polens zu werden und ihr früheres Vaterland zu vergessen . . .“ Und dasselbe stellt Stanislaw Los in seiner Broschüre „Die konstruktive Politik in Rotrußland“ in bezug auf die Ukrainer fest, wenn er sagt, daß „die alte Republik in weitestem Ausmaß Scharen von Ruthenen assimilierte“. Die Tatsache, daß innerhalb der Grenzen des altpolnischen Reiches kaum übersehbare Massen fremden Volkstums im Polentum aufgesaugt wurden, wird in Polen keineswegs als ein Makel, sondern als ein Ruhmestitel der polnischen Geschichte empfunden. Dieser durch die Jahrhunderte dauernde Polonisierungsprozeß ist jedem Polen so selbstverständlich geworden, daß er in Erregung gerät, wenn er feststellen muß, daß das gefestigte Nationalbewußtsein der heute in seinem Staate lebenden Volksgruppen einem Fortgang dieses Prozesses Schwierigkeiten bereitet. So ist es z. B. Jan Dembski ergangen, der sich auf einer Tagung des Polnischen Westverbandes, die im Dezember v. J. in Warschau stattfand, darüber beschwerte, daß „der Rest der Deutschen, der nach dem Kriege in Polen zurückblieb und zur Assimilierung geneigt war“, sich unter dem Einfluß des Nationalsozialismus zu neuer völkischer Aktivität aufzuraffen begann. Der Nationaldemokrat Wojciech Zaleski hat das ausgedrückt, was im Grunde seines Herzens jeder Pole für „natürlich und notwendig“ hält, als er im „Kurjer Warszawski“ folgendes schrieb: „. . . Der Weg zum Nationalstaat ist nicht leicht. Aber dennoch ist es unser politisches Hauptziel, alle Bewohner des polnischen Staates im polnischen Volk zu vereinen; die, die niemals Polen werden können (gemeint sind die Juden), müssen unser Gebiet verlassen; die anderen aber werden Mitschöpfer eines größeren Polens sein“. Deutlicher, als es hier geschehen ist, kann der Wille zur Polonisierung kaum ausgedrückt werden. Daß immer polonisiert worden ist, wird nicht bestritten. Daß weiter polonisiert werden soll, steht außer Frage. Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie gesagt, nur in bezug auf das Tempo und damit auch in bezug auf die Methoden. Die Leute, die dazu neigen, durch Anwendung krasser Methoden das Tempo zu beschleunigen, behaupten in Polen das Feld.

Durch die polnische Presse geht ein ständiges Jammern über die „Germanisierung“. Es gibt kaum eine Tätigkeit deutscher Faktoren, die von der polnischen Presse nicht schon einmal als „Germanisierung“ hingestellt worden ist. Wenn der NS.-Lehrer-

bund den oberschlesischen Grenzbüchereien Zeitschriften stiftet, wenn die NSV. erholungsbedürftige Kinder betreut, wenn Arbeiter aus dem Grenzgebiet mit „Kraft durch Freude" ihren Urlaub am Rhein oder in Bayern oder auf Madeira verbringen, wenn der Grenzlandkasper des VDO. die oberschlesische Dorfjugend erfreut, wenn die Deutsche Arbeitsfront im Industriegebiet Arbeiterwohnsiedlungen schafft, wenn in den Dörfern des Grenzgebiets deutsche Gesangvereine entstehen, wenn eine Gemeinde für bessere Schulverhältnisse sorgt, wenn für die Grenzkreise alljährlich Kalender erscheinen, kurzum, wenn irgendetwas geschieht, was geeignet ist, das deutsche Leben in den Grenzgebieten zu stärken, immer heißt es: Deutschland „germanisiert".

Das Wort „germanisieren" kann aber in dem von den Polen als Vorwurf gemeinten Sinne nur dort angewandt werden, wo etwa versucht worden ist oder versucht werden sollte, fremdes Volkstum zwangsweise zu entnationalisieren. Jede Anwendung von Zwang widerspricht der nationalsozialistischen Auffassung von der Freiheit des Volkstums. Wenn aber auf der einen Seite dem fremden Volkstum die Freiheit seiner Entwicklung gewährt wird, dann ist es auf der anderen Seite um so notwendiger, daß das eigene Volkstum durch die Mobilisierung der ihm innewohnenden Kräfte gegen äußere Einflüsse immun gemacht wird. Auf diese positive Entfaltung der eigenen völkischen Kräfte kann das im diffamierenden Sinne gemeinte Wort „Germanisierung" nicht angewandt werden. Wer das tut, spricht dem deutschen Volke das Recht ab, sich selbst zu erhalten. Durch die dem Aufbau des deutschen Volkstums dienenden Maßnahmen wird kein nationaler Pole in seinem Volkstum bedroht. Er sieht sich nur, je erfolgreicher diese Maßnahmen sind, einem entsprechend gefestigteren und widerstandsfähigeren Deutschtum gegenübergestellt. Er hat aber kein Recht, zu verlangen, daß sein deutscher Nachbar darauf verzichtet, seine Leistung zu steigern, — nur deshalb, weil der oder jener damit nicht Schritt halten kann. Es wäre gut, wenn die Polen, ehe sie ihre unbegründeten Vorwürfe gegen die positive Volkstumspolitik des Dritten Reiches erheben, dafür sorgen wollten, daß bei ihnen selber jede negative, auf die Entnationalisierung fremden Volkstums abzielende Volkstumspolitik eingestellt wird. Dr. K.

Völkische Fahnenflucht

Im Kreise Neidenburg (Ostpreußen) hat sich im Zusammenhang mit der Reichstagswahl ein Vorfall ereignet, der gewisse nationalpolitische Tendenzen des polnischen Volkssplitters in Deutschland schlaglichtartig beleuchtet. Im Wahlbezirk Napierken beteiligte sich am 29. März die gesamte Bevölkerung an der Wahl, um für den Führer zu stimmen. Nur ein einziger stellte sich abseits. Der Bauer Hermann Arceus blieb der Wahl fern. Der Bevölkerung bemächtigte sich, als diese Tatsache bekannt wurde, eine begreifliche Erregung. Ueber 200 Männer zogen vor das Haus des Arceus und gaben in Sprechchören ihrem Unwillen Ausdruck. Dabei fiel ein morscher Zaun um und wurden einige Fensterscheiben eingedrückt. Zur persönlichen Sicherung des Arceus wurde im Anschluß an die Kundgebung ein Posten der NSDAP. vor dessen Hof aufgestellt.

Es wäre überflüssig, von diesem Vorgang, der nur ganz geringfügigen Sachschaden verursacht hat, Notiz zu nehmen, wenn sich anschließend nicht folgendes ereignet hätte: Arceus tauchte am 30. März beim Landrat in Neidenburg auf und erklärte diesem, daß er „der polnischen Minderheit angehöre" und daß er den Polenbund um Hilfe anrufen werde. Das ist das Typische an dem Vorgang: Da ist ein Stänkerer, dem dies oder jenes nicht paßt, oder einer, der als früherer Funktionär

einer marxistischen Partei durch die neue Entwicklung an die Wand gedrückt worden ist, oder einer, dessen kleinliches Geltungsbedürfnis von den verantwortlichen Stellen „nicht genügend gewürdigt" worden ist u. s. f. Da die Dinge nicht so laufen, wie er sich's wünscht, sucht er dort Anschluß, wo er glaubt, am ungestörtesten gegen den Nationalsozialismus agitieren zu können. Und so kommt er auf den Gedanken, im Polenbund oder bei irgendeiner anderen polnischen Organisation Unterschlupf zu suchen in der zumeist berechtigten Erwartung, dort als nützlicher Bundesgenosse mit Freuden aufgenommen zu werden.

Beispiele dieser Art sind nicht selten. Nicht wenige ehemalige Kommunisten- oder Reichsbannerleute, die sich in die neue Zeit nicht hineinfinden können, haben Anschluß an die polnischen Kreise gesucht und gefunden. In der Propaganda des Polenbundes spielt das Einfangen derartiger unzufriedener Elemente, die früher niemals etwas mit dem Polentum zu tun hatten, eine beträchtliche Rolle. Nicht nur, weil er das Reichserbhofgesetz für eine „Bedrohung des Polentums" hält, sondern auch, weil er die Leute an sich heranziehen möchte, die dieses Gesetz als eine „Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit" ansehen, ist der Polenbund gegen dieses Gesetz. Nicht nur, weil ihm die Zugehörigkeit zum Arbeitsdienst für das polnische Volksbewußtsein „gefährlich" erscheint, sondern auch, weil er auf die spekuliert, denen die Disziplin des Dienstes und die Arbeit des Spatens nicht paßt, tritt der Polenbund für die Befreiung der Mitglieder der polnischen Volksgruppe vom Arbeitsdienst ein. Aehnlich wie in diesen ist es auch in anderen Fällen: „Wenn du dich zu uns bekennst", heißt es da, „brauchst du dies oder das nicht zu tun, dann bist du von diesem oder jenem befreit, dann brauchst du da nicht mitzugehen und hier keinen Beitrag zu leisten . . ." Es ist ein Beweis für die gesunde Gesinnung der Bevölkerung in den Grenzgebieten des Ostens, daß sich deren breite Masse für eine solche, von Mund zu Mund betriebene Propaganda der polnischen Werber unzugänglich erweist, und daß im allgemeinen nur haltlose, ewig querulierende Elemente ihre „verlorene Freiheit" durch die völkische Fahnenflucht ins andere Lager wieder zu gewinnen versuchen.

Auch der Bauer Arceus in Napierken gehört zu diesen Elementen. Sein Bekenntnis zum Polentum datiert erst vom 29. März d. J. Er hat niemals etwas mit diesem Volkstum, in dessen Schutz er sich jetzt begeben möchte, zu tun gehabt. Die Gründe für sein Handeln liegen ganz wo anders. Im Jahre 1933 hat er einen Aufnahmeschein für die NSDAP. unterschrieben. Er hat damals gehofft, Bürgermeister von Napierken zu werden. Als dieser Plan ins Wasser fiel, hat er sich verärgert zurückgezogen. Er ist wiederholt wegen Schmuggels und Paßvergehen bestraft. Die Dorfgemeinschaft hat ihn seit jeher gemieden. Sein Sohn ist eine Zeit lang in der HJ. gewesen, hat aber, weil der Vater die Beiträge nicht mehr zahlen wollte, wieder austreten müssen; er ist jedoch nach wie vor begeisterter Nationalsozialist und hat sich selbst an der Demonstration gegen seinen Vater beteiligt. Auch die beiden Töchter des Arceus sind in der deutschen Volkstumsarbeit aktiv. Wenn dieser sich jetzt als „Pole" ausgibt, so nur deshalb, weil er sich gegenüber der schroffen Ablehnung, auf die er bei der gesamten Dorfgemeinschaft stößt, eine Rückendeckung schaffen möchte. Nichts kann die Bewegungsfreiheit, die die polnischen Organisationen in Deutschland genießen, besser belegen, als die Tatsache, daß die Leute, die den heutigen Staat und seine Einrichtungen ablehnen, dazu neigen, Zuflucht bei diesen Organisationen suchen, und daß sie ihr deutsches Volkstum verraten, um als „Polen" für die deutschen Stellen unangreifbar zu sein. Wenn es den polnischen Organisationen in Deutschland wirklich so schlecht ginge, wie die polnische Presse gewohnheitsmäßig behauptet, dann könnten sich Fälle wie der des Bauern Arceus niemals ereignen.

Die Entwicklung der baltischen Staaten

Eine vergleichende Betrachtung der politischen Entwicklung, die Estland und Lettland während der drei letzten Jahre durchgemacht haben, zeigt, daß Estland seinem baltischen Nachbarn um ein gutes Stück vorausgeeilt ist. Als im Jahre 1934 mit den fast gleichzeitigen Staatsstreichen in Riga und Reval für beide Völker der Startschuß zur politischen Leistungsprüfung fiel, schienen die Aussichten für die beiden Teilnehmer des Rennens annähernd die gleichen zu sein. Heute aber steht fest, daß das seinen Anlagen nach gesündere estnische Volk seinen lettischen Partner schon ganz erheblich überrundet hat.

Vom 23. bis 25. Februar d. J. ist in Estland eine Volksabstimmung über die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung durchgeführt worden. Die Volksabstimmung hat bei einer Wahlbeteiligung von 83 v. H. eine Mehrheit von 76 v. H. der abgegebenen Stimmen für die Regierungsvorlage ergeben und damit dem Regime Päts-Laidoner die Vollmacht erteilt, eine Nationalversammlung einzuberufen und mit deren Hilfe dem Lande eine neue Verfassung zu geben. Es ist nicht viel mehr als ein Spiel mit Worten, wenn die estnische Presse vielfach behauptet, die (voraussichtlich im Herbst dieses Jahres zusammentretende) Nationalversammlung werde in ihrer freien Entscheidung in keiner Weise beschränkt sein. Denn praktisch ist von vornherein dafür gesorgt, daß in diese Versammlung keine anderen als der Regierung genehme Vertreter gelangen. Die Kandidaten werden von der Regierung aufgestellt werden. Für die alten politischen Parteien gibt es im heutigen Estland keine Möglichkeit einer Betätigung mehr.

Die Regierung erklärt: Das Ergebnis der Februarwahlen beweise, daß das estnische Volk, das sich noch im Herbst 1933 mit einer dreiviertel Mehrheit für die Freiheitskämpferbewegung ausgesprochen habe, heute und insbesondere nach dem mißlungenen Versuch einer gewaltsamen Erhebung im Dezember vorigen Jahres von seiner Hinneigung zu den Hochzielen dieser utopischen Bewegung gründlich und ein für alle Male geheilt sei. Demgegenüber wird man feststellen müssen, daß das Ergebnis der Februarwahlen vielleicht doch kein so eindeutiges Bild der wahren Volksmeinung gibt, wie es das amtliche Estland wahrhaben möchte. Denn der im Dezember vorigen Jahres von der Freiheitskämpferbewegung vorbereitete Putsch ist wohl weniger an den mangelnden Sympathien des Volkes als an der Unzulänglichkeit der Initiatoren des Putsches und vor allem an der fehlenden persönlichen Einsatzbereitschaft des Führers dieser Bewegung gescheitert. Man wird also sagen können, daß sich der gesunde politische Instinkt des estnischen Volkes bei den Februarwahlen zu dem Regime Päts-Laidoner bekannt hat, nicht weil er mit dessen Zielen und Methoden übereinstimmt, sondern weil er dieses Regime als das einzige politische Aktivum erkannt hat, das Estland gegenwärtig besitzt. Wie dem auch sei: das gegenwärtige Regime in Estland hat seine Feuerprobe bestanden und hat bis auf weiteres im Lande wohl keinen ernsthaften Gegenspieler zu fürchten. Eine ruhige und stetige Entwicklung scheint hier bis auf weiteres gewährleistet zu sein.

Ganz anders mutet die Lage in Lettland an. Von Volksbefragung ist hier keine Rede. Schon die bloße Erwähnung dieses Wortes ruft bei den Machthabern in Riga lebhafte Unlustgefühle hervor. Die Regierung Ulmanis ist kein autoritäres Regime, das für sich in Anspruch nehmen kann, Vollstrecker des bekundeten Volkswillens zu sein, sondern ein System, das sich scheut, das Volk zu befragen. Seitdem der lettländische Staatspräsident Kweesis, von dem es schon beim Putsch im Mai 1934 hieß, daß er nur „gute Miene zum bösen Spiel gemacht" habe, vor einiger Zeit sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden ist, vereinigt Ulmanis als Ministerpräsident und Staatsober-

haupt die gesamte Macht in seiner Hand. Ueber die Pläne der lettländischen Staatsleitung ist kaum mehr zu erfahren, als daß sie die Absicht haben soll, in nicht zu naher Zukunft mit der Bildung einer ausschließlich aus ernannten Personen zusammengesetzten „Volksvertretung" zu beginnen.

Trotz einer ganz ähnlichen Ausgangsstellung sind, wie gesagt, die politischen Entwicklungslinien Estlands und Lettlands im Laufe der letzten Jahre völlig verschieden verlaufen. Eine der Ursachen für diese verschiedenartige Entwicklung glaubt die deutsche „Revalsche Zeitung" darin zu sehen, daß *das parlamentarische Regime in Lettland* zur Zeit des Putsches von 1934 *nicht* in demselben Maße wie in Estland *„schnittreif"* war. Insbesondere habe der *Marxismus* im lettischen Volke ungleich tiefere Wurzeln als im estnischen geschlagen. Das trifft zweifelslos zu; und man wird hinzufügen können, daß das Regime Ulmanis es nicht vermocht hat, den schlummernden nationalen Instinkt des lettischen Arbeiters von der marxistischen Fesselung zu befreien, wie das dem Regime Päts-Laidoner in Estland allem Anschein nach in hohem Maße gelungen ist. Ein Hinweis auf die Statistik der estländischen Februarwahlen ist in dieser Hinsicht interessant: Die 26 v. H. *gegen* die Regierung abgegebenen Stimmen stammen nachweislich zum großen Teil *nicht* aus den Wahlbezirken der Industriearbeiterschaft, sondern aus den Bezirken des besitzenden Bürgertums und der Intellektuellen. Trotz mancher Kritik, die auch an den estländischen Verhältnissen geübt werden kann, muß man zu der Feststellung gelangen, daß *die Entwicklung in Estland unvergleichlich gesünder als in Lettland* ist, was letzten Endes wohl *eine Folge der besseren rassischen Substanz des estnischen Volkstums* ist.

Als eine Folge der weniger gefestigten innerpolitischen Situation wird man auch gewisse Tendenzen in der Einstellung der lettländischen Regierung gegenüber dem Deutschen Reich und der deutschen Volksgruppe ansprechen können. Die verantwortlichen Kreise Lettlands sehen in der *Ausnutzung des zwischen Berlin und Moskau bestehenden Gegensatzes* ihre größte außenpolitische Chance. Sie pendeln, ohne sich zu einer grundsätzlichen Stellungnahme aufraffen zu können, je nach den taktischen Bedürfnissen des Augenblickes hin und her. So ist es kein Wunder, daß der sowjetrussische Vertreter in Riga auf den Gang der lettländischen Außenpolitik einen größeren Einfluß besitzt, als es für die internationale Situation dieses Staates nützlich sein kann. Besonders kraß aber macht sich die bolschewisierende Tendenz der lettländischen Politik in der *Behandlung der deutschen Volksgruppe* bemerkbar. In dem Raub wertvollen deutschen Kulturgutes, in der Enteignung der deutschen Gildenhäuser in Riga und Mitau, in der Schließung von Banken mit vorwiegend deutschen Angestellten, in der systematischen Entlassung aller deutschstämmigen Staats- und Gemeindebeamten, in der zwangsweisen Ueberführung kostbarer Kunst- und anderer Sammlungen aus deutschem Besitz in die Verwaltung des Staates, kommt *eine geistige Verwandtschaft mit dem Bolschewismus* zum Ausdruck, die der moralischen Wertschätzung des lettländischen Regimes im Ausland einen schweren Stoß versetzen muß. Es scheint, daß das lettländische Regime derartige Maßnahmen braucht, um das eigene Volk durch die Aufpeitschung chauvinistischer Instinkte von einer Kritik an den unerfreulichen innerpolitischen Zuständen abzulenken. Es ist dieser Staatsführung wiederholt von berufener reichsdeutscher Seite klar gemacht worden, daß das Verhältnis zwischen dem Reich und Lettland durch eine solche sachlich nicht zu begründende Drangsalierung der deutschen Volksgruppe einer schweren Belastung ausgesetzt wird. Das Deutsche Reich sieht sich außerstande, die von ihm an sich gewünschten freundschaftlichen Beziehungen zu einem Staate zu unterhalten, der sich mit derartiger Gewissenlosigkeit an der Substanz einer deutschen Volksgruppe vergreift. Es hat kein Verständnis dafür, daß ein Staat die Lebensgrundlagen einer deutschen Volksgruppe vernichtet, die keine Gelegenheit vorüber gelassen hat, um — aus dem Bewußtsein uralter Heimatberechtigung heraus — immer wieder ihre staatsgetreue Gesinnung zu beweisen. Rds.

Des Führers Bekenntnis zum Osten

Wenn wir die politischen Erlebnisse unseres Volkes seit über tausend Jahren überprüfen, alle die zahllosen Kriege und Kämpfe vor unseren Augen vorüberziehen lassen und das durch sie geschaffene, heute vor uns liegende Endresultat untersuchen, so werden wir gestehen müssen, daß aus diesem Blutmeer eigentlich nur drei Erscheinungen hervorgegangen sind, die wir als bleibende Früchte klar bestimmter außenpolitischer und überhaupt politischer Vorgänge ansprechen dürfen.

1. Die hauptsächlich von Bajuwaren betätigte Kolonisation der Ostmark,
2. die Erwerbung und Durchdringung des Gebietes östlich der Elbe und
3. die von den Hohenzollern betätigte Organisation des brandenburgisch-preußischen Staates als Vorbild und Kristallisationskern eines neuen Reiches.

Wissenschaft gegen historische Legenden

Von dem sogen. „Danziger Blutbad" an bis zu den sogen. „Teilungen Polens" und darüber hinaus ist das historische Denken des Polen mit einer Unzahl von Legenden belastet, und zwar nicht nur das Denken des einfachen Polen, der mit der geistigen Kost, die ihm andere vorgekaut haben, vorlieb nehmen muß, sondern auch dasjenige des einigermaßen gebildeten Polen, der an sich die Möglichkeit hätte, sich über geschichtliche Vorgänge sachlich zu unterrichten. Sicherlich schöpft der Pole aus diesen Legenden, in denen sein Volk sich selber verherrlicht, eine gewisse moralische Kraft. Nicht weniger aber trifft es auch zu, daß der Legendenschleier, der über die polnische Geschichte gesenkt worden ist, in hohem Maße Schuld daran trägt, daß der Pole im allgemeinen nur eine geringe Neigung und Eignung zur Selbstkritik hat. Die historischen Legenden sind so tief im polnischen Denken verwurzelt, daß für einem polnischen Wissenschaftler schon eine gewisse Zivilcourage dazu gehört, sie zu entfernen. Und doch erscheint das notwendig. Denn nur für ein Volk, das auch die unangenehmen Tatsachen seiner Geschichte nicht leugnet, kann diese Geschichte eine wirkliche Lehrmeisterin sein. Es ist ein Zeichen geistiger Feigheit, wenn ein Volk die selbstverschuldeten Fehler seiner Vergangenheit durch Legenden zu übertünchen versucht. Und es ist auch gefährlich, so zu verfahren, da ein solcher Versuch notwendigerweise zu einer falschen Einschätzung der Position führen muß, die ein Volk in der Gegenwart im Kreise der anderen Völker einnimmt.

Die meisten geschichtlichen Legenden haben sich an den Untergang des altpolnischen Reiches am Ausgang des 18. Jahrhunderts geknüpft. Mit ihnen hat sich Prof. Olgierd Gorka in einem Vortrag, den er in Warschau vor kurzem vor einem auserlesenen Publikum hielt, auseinandergesetzt. Die konventionelle polnische Geschichtsschreibung, führte Gorka u. a. aus, pflege die unsagbar düstere Wahrheit (die Unfähigkeit und Feigheit der damals in Polen maßgebenden Schicht) zu beschönigen und zu verschleiern, und sie gehe darin so weit, daß sie durch phantastische Uebertreibungen an sich geringfügige Ereignisse zu denkwürdigen und bedeutenden Tatsachen aufbauscht. Zu Unrecht werde z. B. die Konföderation von Bar verherrlicht. Im Lichte der objektiven Forschung erscheine diese Konföderation (die nach der Darstellung der konventionellen polnischen Geschichtsschreibung ein heldenhafter Versuch, Polen vor dem Untergange zu retten, gewesen sein soll) als eine Reihe von Blamagen. Zur Einnahme Krakaus hätten damals 80 russische Soldaten genügt! Die berühmte Verteidigung von Bar, die von der polnischen Poesie so großartig glorifiziert worden sei, habe in

Wirklichkeit unvergleichlich bescheidenere Ausmaße gehabt. Wie groß die Untüchtigkeit des herrschenden polnischen Adels gewesen sei, zeige der Verlauf des sogen. Blutbads von Human. Vor kleinen Gruppen ukrainischer Bauern sei die polnische Schlachta auseinandergestoben. Die größte dieser Gruppen, diejenige des gefürchteten Gonta, habe kaum 150 Leute gezählt! Zwei russische Bataillone hätten ausgereicht, um diesen ganzen Aufruhr zu liquidieren, der weder so blutig, noch geschichtlich so bedeutend gewesen sei, wie es dem polnischen Volke heute in seinen Schulbüchern erzählt werde. Der Anblick, den das 18. Jahrhundert dem polnischen Geschichtsforscher biete, sei, wenn man das Geschichtsbild der ihm angefügten Legenden entkleide, überaus bedrückend. Es sei falsch, den Historikern, die als die wesentlichste Ursache des Verfalls des altpolnischen Reiches die damalige Entartung des polnischen Volkes ansehen, Pessimismus vorzuwerfen. Und ebenso widersinnig sei es, diejenigen als Optimisten zu bezeichnen, die für den Untergang Polens nur äußere Faktoren, wie die „Habgier" und die Uebermacht der Nachbarn, verantwortlich zu machen versuchen.

Im Gegenteil müsse man — das war der Sinn der weiteren Ausführungen Gorkas — die ersteren, die die Schuld am Untergang bei Polen selber sehen, als Optimisten, die anderen aber, die die Schuld bei den Nachbarn suchen, als Pessimisten bezeichnen. Denn die geographische Lage Polens habe sich seit damals nicht geändert. Die Nachbarn seien heute im Verhältnis zu Polen noch mächtiger geworden als damals. Die äußeren Faktoren hätten sich also für Polen im Vergleich zu damals nicht gebessert. Aber die innere Struktur Polens sei eine andere geworden. Damals hätte Polen 12 und hätten seine Nachbarn (Rußland und Preußen) zusammen 24 Millionen Menschen gezählt. Heute zähle Polen 33 und zählen seine Nachbarn zusammen 250 Millionen Menschen. Und doch stehe Polen heute fester und sicherer als damals da. Nicht auf die äußeren Faktoren, sondern auf die eigene innere Kraft komme es in erster Linie an. Die habe Polen damals gefehlt, heute aber besitze es sie. Das sei der Sinn der nationalen Wiedergeburt, die das polnische Volk durchgemacht habe.

Der „Judendietrich" der Endeken

„Heute muß jeder Politiker, der nicht in den Wolken schwebt, die wachsende nationale Strömung gewahr werden. Er muß von der dynamischen Gewalt dieser Strömung betroffen sein. Eine ideelle Strömung mit Hilfe von Repressalien zu bekämpfen, wäre ebenso sinnlos wie unmöglich. Man muß auf sie in entsprechender Weise einwirken und sie in die gehörige Richtung leiten". So hieß es vor kurzem im regierungsfreundlichen „Czas" in bezug auf die politische Aktivität der nationaldemokratischen Opposition. Wenn man es recht bedenkt, bedeuten diese Sätze das Eingeständnis der Unfähigkeit des polnischen Regierungslagers, der nationaldemokratischen Weltanschauung eine stärkere und volkstümlichere Idee entgegenzustellen. Der Innenminister Raczkiewicz hatte vor kurzem im Sejm davon gesprochen, daß es notwendig sei, der aufrührerischen Tätigkeit der Endeken mit der ganzen Rücksichtslosigkeit des Gesetzes und der Staatsgewalt entgegenzutreten. Auf die Endeken scheinen diese Worte des Ministers ohne Wirkung geblieben zu sein. Im Gegenteil: Sie scheinen von der Tatsache, daß man sich in den Regierungskreisen so ernsthaft und sorgenvoll mit ihnen beschäftigt, recht befriedigt zu sein. Sie sehen in der Aufmerksamkeit, die die verantwortlichen Stellen auf sie verwenden, eine Bestätigung ihres unverminderten oder gar wieder wachsenden Einflusses auf die Gestaltung des politischen Lebens in Polen. Man mag zu den Zielen und Methoden ihrer politischen Tätigkeit so oder so eingestellt sein; man wird aber zugeben müssen, daß die Endeken mit populären Parolen umzugehen und mit ungewöhnlichen

Demonstrationen die öffentliche Meinung Polens in Spannung zu halten verstehen. Ihre Stärke liegt vor allem in der rücksichtslosen propagandistischen Ausnutzung des in Polen allenthalben als aktuell empfundenen Judenproblems. Sie haben vor den Regierungskreisen das eine voraus, daß sie in der Erörterung dieser, für Polen tatsächlich lebenswichtigen Frage durch keine staatliche Verantwortlichkeit beeinträchtigt sind. Ob es ihnen mit ihrer Judenfeindschaft wirklich so ernst ist, wie sie jetzt tun, und ob sie auch dann, wenn sie selbst in der Regierung säßen, ihre antisemitischen Aktionen fortsetzen würden, mag dahingestellt bleiben. Von polnischer Regierungsseite wird das bestritten. Dort ist man der Ansicht, daß sich die Nationaldemokraten nur deshalb so eifrig auf die Behandlung der Judenfrage gestürzt haben, weil sie darin das geeignete Mittel erkannt haben, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Tatsächlich ist die Judenfrage für die Endeken vorläufig nicht mehr als ein Instrument, mit dem sie hoffen, das Tor zur Macht aufbrechen zu können. Man hat in dieser Hinsicht vom „Judendietrich" gesprochen. Die Regierung hat sich in der Judenfrage von der Opposition in die Defensive drängen lassen. Sie befindet sich der öffentlichen Meinung, in der die antisemitischen Strömungen allgemein sind, in einer unglücklichen Situation, da sie glaubt, aus realpolitischen Gründen diesen Strömungen entgegentreten zu müssen. Die Auseinandersetzungen über das Schächtverbot haben gezeigt, daß der Antisemitismus keineswegs auf die Kreise der oppositionellen Rechten beschränkt, sondern auch im Regierungslager selbst populär ist. Auch die katholische Kirche beginnt, den antisemitischen Strömungen auf ihre Art Rechnung zu tragen: Der Primas von Polen, Kardinal Hlond, hat in seinem letzten Hirtenbrief die Juden als Feinde der katholischen Kirche, als die Wurzel des Freidenkertums und die Vorhut der Gottlosenbewegung und des bolschewistischen Umsturzes bezeichnet. Es wird auch der polnischen Regierung auf die Dauer kaum möglich sein, sich in einer für Polen derart lebenswichtigen Frage gegen die öffentliche Meinung zu stellen. Der Judendietrich ist in den Händen der Nationaldemokraten eine gefährliche Waffe.

Der Kommunismus in Polen

„Polen ist ein zu naher Nachbar der Sowjetunion, um sich leichthin zu einer Nachahmung des kommunistischen Beispiels entschließen zu können". Dieser Optimismus in bezug auf die innere Widerstandskraft des polnischen Volkes gegenüber der bolschewistischen Idee, den Marschall Pilsudski in seinem Buche „Das Jahr 1920" zum Ausdruck gebracht hat, wird auch heute noch von den führenden Politikern Polens geteilt. Das polnische Dorf, hat vor einiger Zeit Innenminister Raczkiewicz gesagt, habe sich vom Einfluß des Kommunismus beinahe völlig frei halten können; und auch in den Arbeiterzentren habe der Kommunismus niemals richtig Wurzel zu fassen vermocht. Ob dieser Optimismus wirklich begründet ist, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit sagen. Die Annahme, daß der Katholizismus geeignet sei, ein Volk gegen den Kommunismus zu immunisieren, wird durch die spanischen Ereignisse jedenfalls widerlegt. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sind in Polen genügend Reibungsflächen vorhanden, an denen sich der klassenkämpferische Radikalismus zu entzünden vermag. Die Tatsache, daß Polen mehrere Millionen Juden beherbergt, gibt der kommunistischen Frage in diesem Lande ihren besonderen Anstrich. Die unmittelbare Nachbarschaft des staatlichen Machtträgers der bolschewistischen Weltrevolution kann diese Frage eines Tages zu einer außenpolitischen Angelegenheit machen.

Seit dem Tode des Marschalls Pilsudski hat der linksgerichtete Radikalismus vor allem in Kongreßpolen beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Richtlinien seines Handelns sind auf dem letztjährigen Weltkongreß der Kommunistischen Internationale festgelegt worden. Gemäß diesen Beschlüssen hat der polnische Kommunismus seine

Versuche erneuert, mit den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften und den linksgerichteten Bauernparteien eine „antifaschistische Einheitsfront" zu errichten. Von den Bauernparteien sind diese Versuche zwar abgelehnt worden; doch läßt sich in deren Reihen eine gewisse Radikalisierung feststellen. In der polnischen und jüdischen Arbeiterschaft der Städte hat der Gedanke der „Einheitsfront" trotz des Widerstandes der Regierungsgewerkschaften und der Polnischen Sozialdemokratischen Partei ganz beträchtlich an Boden gewonnen. Durch Masseneintritte kommunistischer Elemente in diese Verbände hat sich deren klassenkämpferische Haltung versteift. Die Auseinandersetzungen über die „Legion der Jungen" haben gezeigt, wie es um die politische Einstellung eines Teiles der aktiven Jugend an den polnischen Hochschulen bestellt ist. Daß die kommunistische Bewegung in Polen unmittelbar von Moskau geleitet wird, läßt sich an zahlreichen Beispielen beweisen. Die Streiks und Unruhen der letzten Zeit lassen Moskauer Arbeit erkennen. Die Prozesse, die in allen Teilen des Landes gegen linksradikale Gruppen durchgeführt wurden, haben die Arbeit der drei in Polen bestehenden kommunistischen Parteien (der polnischen, weißrussischen und ukrainischen) offenbar nur wenig beeinträchtigen können. Eine verhältnismäßig starke Presse ist dieser Arbeit zu Hilfe gekommen. Als Zentralorgan der drei kommunistischen Parteien Polens erscheint in Paris die „Informacje Prasow", der die polnischen Behörden kürzlich das Postdebit entzogen haben. In Kattowitz kommt die Wochenschrift „Wiadomosci Robotnicze" heraus. Kommunistischen Charakter trägt auch die in Włochy bei Warschau erscheinende Monatsschrift „Lewar". In Przemyśl und Warschau gibt es kommunistische Verlage. Die kommunistischen und linksstehenden Schriftsteller haben sich zu einer „antifaschistischen Front der kulturellen Linken" zusammengeschlossen. Usw. Zu den „legalen" Publikationen tritt noch die wichtigere und einflußreichere illegale Literatur, die in einer ganzen Reihe von Geheimdruckereien hergestellt oder auch aus der Sowjetunion eingeführt wird.

Die polnische Regierung hat das Anwachsen der kommunistischen Bewegung seit Monaten mit wachsender Sorge verfolgt. Ende März hat sie nach langer sorgfältiger Beobachtung zu einem großen Schlage ausgeholt. Innerhalb weniger Tage sind in ganz Polen etwa 1000 Kommunisten verhaftet, mehrere Geheimdruckereien ausgehoben und reiche Bestände an illegalem Material beschlagnahmt worden. Die polnische Polizei ist der Ansicht, diesmal nicht nur die ausführenden Organe, sondern auch die Rädelsführer gefangen zu haben. Unter den Verhafteten sollen sich einige Mitglieder des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei Polens befinden. Ob dieser Schlag ausreichen wird, um der bolschewistischen Wühlarbeit in Polen für längere Zeit ein Ende zu machen, wird man erst abwarten müssen. Der Kommunismus läßt sich nicht durch polizeiliche Aktionen überwinden. Wirtschaftlich und weltanschaulich muß ihm der Boden entzogen werden, auf dem er zu gedeihen vermag. In dieser Beziehung aber ist in Polen bisher so gut wie gar nichts geschehen.

Goethes Einfluß auf die polnische Literatur

Die ersten persönlichen Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der polnischen Aristokratie, dem Fürsten Czartoryski, der Fürstin Lubomirska, dem Grafen Potocki u. a., knüpfte Goethe in den Jahren 1785 und 1786 in Karlsbad an, als er damals dort zum Kurgebrauch weilte. Bei Goethes späteren Besuchen Karlsbads wurden diese persönlichen Beziehungen fortgesetzt und erweitert. Als im Jahre 1790 der Herzog Karl August von Weimar (als preußischer General) sich nach Schlesien begab, begleitete ihn Goethe dorthin und machte mit dem Herzoge und dem damaligen Direktor der Schlesischen Bergwerke, Graf Reden, einen etwa achttägigen Ausflug über Tarnowitz nach Polen, und zwar nach

Krakau, den berühmten Salzwerken von Wieliczka und nach Tschenstochau. Goethe erwähnte diese Reise nur kurz gelegentlich brieflich und in seinen „Tages- und Jahresheften". In einem Briefe an Herder aus Breslau vom 11. Dezember 1790 teilte er diesem seine Tags vorher erfolgte Rückkehr mit dem Bemerken mit: „Ich habe in diesen acht Tagen viel Merkwürdiges, wenn es auch meist negativ merkwürdig gewesen wäre, gesehen".

Ein besonderer Verehrer Goethes war Fürst Radziwill, der spätere Statthalter der Provinz Posen. Dieser beschäftigte sich schon im Jahre 1810 mit seiner Musik zum „Faust", besuchte im Jahre 1814 den Dichter in Weimar und veranstaltete am 24. Mai (dem Geburtstage der Fürstin Luise, einer preußischen Prinzessin, Tochter des Prinzen Ferdinand) die erste Aufführung des „Faust" in Berlin mit der von ihm selbst komponierten Musik. Im Jahre 1823 traf Goethe in Marienbad mit der berühmten polnischen Pianistin Frau Szymanowska, und deren Schwester, Fräulein Wolowska, zusammen. Des Dichters Herz, durch seine letzte Liebe zu Ulrike von Levetzow erschüttert, fand Beruhigung in dem schönen Spiel der Szymanowska, und er hat diese Macht der Musik in der damals gedichteten „Trilogie der Leidenschaften" geschildert. Die Bekanntschaft machte auf Goethe nachhaltigen Eindruck. Er lud Frau Szymanowska nach Weimar ein, sie leistete der Einladung auch Folge und fand dort bei dem Dichter die liebenswürdigste Aufnahme. Durch ihre Mitteilungen trug sie dann in den ihr bekannten polnischen Kreisen mit dazu bei, die Verehrung und Wertschätzung des Dichterfürsten bei den damaligen Vertretern der polnischen Literatur weiter zu verbreiten. Goethes Werke hatten inzwischen bereits in Polen starke Beachtung gefunden. Im 18. Jahrhundert und im Anfang des 19. war in der polnischen Literatur das Französische tonangebend. Ein Vertreter dieser Richtung war z. B. der Bischof Krasicki, der als Bischof von Ermland, nachdem seine Diözese in Westpreußen im Jahre 1772 an Preußen gefallen war, mit Friedrich dem Großen in nähere Beziehungen trat und von ihm mit Auszeichnung als sein Gast in Sanssouci aufgenommen wurde.

Einen neuen Aufschwung nahm die polnische Literatur nach der Napoleonischen Zeit. Gegenüber den die französischen Ideen vertretenden Anhängern des sogenannten „Klassizismus" erstrebte die jüngere Dichtergeneration, die Vertreterin der „Romantik" im dortigen Sinne, die Befreiung von kaltem, falschem Regelzwange, die Pflege des Natürlichen und Nationalen. In diesem literarischen Kampfe erlangten Goethes Schriften maßgebende Bedeutung. Es war ein Posener, der Gymnasialdirektor Kaulfuß, der zuerst den Polen gegenüber in einer im Jahre 1816 deutsch und polnisch erschienenen Abhandlung die Vorzüge der deutschen Literatur vor der französischen betonte. In einer Rezension dieser Abhandlung in der Warschauer Zeitschrift „Pamietnik Warszawski" vom Jahre 1818 wurde dagegen noch der französischen Literatur, insbesondere für die Bildung der polnischen Jugend, vor der deutschen Literatur, auch vor Goethe, der Vorrang eingeräumt. Hiergegen wandte sich Casimir Brodzinski (1791—1835), der nun für die neue Richtung bahnbrechend wurde. Den Einfluß Goethescher Geistes zeigt insbesondere seine Idylle „Wiesaw", eine an Goethes „Hermann und Dorothea" sich anlehnende anmutige Schilderung des polnischen ländlichen Lebens. Brodzinski übersetzte auch „Werther" ins Polnische.

Dieses Werk und Goethes Dichtungen überhaupt übten damals den bedeutendsten Einfluß auf Polens größten Dichter, Adam Mickiewicz, aus. Im Jahre 1823 erschien der 2. und 4. Teil der „Totenfeier" von Mickiewicz, worin sich deutlich der Einfluß von Goethes „Werther" zeigt. Späterhin wirkten auch Byrons Dichtungen mit auf Mickiewicz ein. Als Mickiewicz, bei den im Jahre 1823 über die Universität Wilna von der russischen Regierung verhängten Maßregeln ins Innere Rußlands verwiesen, im Jahre 1829 die Erlaubnis zur Reise ins Ausland erhielt und nun Rußland für immer verließ, begab er sich, mit einem warmen Empfehlungsbriefe von Frau Szymanowska an Goethe versehen, mit seinem Freunde Odyniec nach Weimar, um den von ihm

hochverehrten deutschen Dichterfürsten persönlich kennen zu lernen. Es war damals überhaupt die Zeit der Wallfahrten zu Goethe nach Weimar. So hatte z. B. auch der polnische Schriftsteller A. v. Kozmian Goethe im Jahre 1829 (vor Mickiewicz) besucht, und er bemerkte: „Der schäme sich seiner Gleichgültigkeit, der in Deutschland war und Weimar nicht besuchte, um dort Goethe zu sehen." Die Aufnahme, die Mickiewicz und Odyniec bei Goethe fanden, dessen Persönlichkeit und Liebenswürdigkeit machten auf die beiden Polen den nachhaltigsten Eindruck. Unter Verlängerung ihres Aufenthaltes nahmen sie auch an der Feier von Goethes 80. Geburtstag am 28. August 1829 teil. Seinem lebhaften Interesse und seiner Verehrung für Goethe gab Mickiewicz auch späterhin in seinen Vorlesungen in Paris als Professor der slawischen Literatur am Collège de France Ausdruck. Der 3. Teil von Mickiewiczs „Totenfeier" läßt, wenn auch in anderer Auffassung, den Einfluß des „Faust" erkennen. Späterhin wandte sich Mickiewicz einer dem Goetheschen Geiste ganz fremden religiös-mystischen Richtung, dem „Messianismus", zu. Sein schönes episches Gedicht „Pan Thaddeus" (1834) ist aber noch von Goethescher Dichtung beeinflußt und nicht mit Unrecht mit Goethes „Hermann und Dorothea" verglichen worden.

Nach dem polnischen Aufstande von 1830 wandte sich die polnische Dichtung der polnisch-nationalen, patriotischen Lyrik zu. Schon im 3. Teil von Mickiewicz „Totenfeier" tritt das nationale Element in der Schilderung der Leiden der Polen, der Wilnaer Verhältnisse unter der russischen Regierung u. a. m., in den Vordergrund. Goethes Einfluß auf die polnische Literatur schwindet nun. Aber im polnischen Geistesleben dauert die Hochschätzung seiner Werke an, wie sich aus den zahlreichen polnischen Uebersetzungen einzelner seiner Werke ergibt. So ist z. B. der 1. Teil des „Faust" fünfmal ins Polnische übertragen worden.

v. U.

Ostland-Chronik

Einigung über den Durchgangsverkehr.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Eisenbahntransit zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich haben am 7. April, zwei Monate nach dem Inkrafttreten der den Korridorverkehr drosselnden Verordnung des polnischen Verkehrsministers, zu einer vorläufigen Einigung geführt. Was die bisher aufgelaufenen polnischen Forderungen aus dem Durchgangsverkehr anlangt, so ist eine deutsch-polnische Kommission ins Leben gerufen worden, die demnächst zusammentreten wird, um über die Liquidierung der rückständigen Beträge zu beraten. Eine Begleichung dieser Rückstände durch Bartransfer wird dabei, wie es scheint, nicht mehr in Erwägung gezogen. Hinsichtlich der aus dem Durchgangsverkehr neu entstehenden polnischen Forderungen hat sich das Deutsche Reich bereit erklärt, beginnend mit dem 25. März allmonatlich einen begrenzten Betrag in Devisen zu überweisen. Diese deutsche Zusage gilt bis zum Ende dieses Jahres. Eine besondere deutsch-polnische Kommission, die am 7. April bereits in Warschau zusammengetreten ist, wird die Frage der Anpassung der Ausmaße des Transits an die monatlich zu zahlende Summe und auch andere technische Fragen im einzelnen durchsprechen. Zu den von dieser Kommission zu behandelnden Fragen scheint auch die Frage einer Senkung der zu hohen polnischen Transittarife zu gehören.

Wieder eine deutsche Schule geschlossen.

Seit 1929 bestand in Treumark im Kreise Hohensalza eine deutsche private Volksschule. Die Schule wurde bisher von 59 deutschen Kindern besucht, die teils in Treumark selbst, teils in den in einem Umkreis von drei Kilometern liegenden Ortschaften Elsenheim, Standau, Kleinwiese und Schönau beheimatet sind. Die Schule, die von der deutschen Elternschaft auf eigene Kosten unterhalten wurde, war in dem ehemaligen staatlichen Schulgebäude untergebracht. Am 1. April d. J. lief nun der Mietvertrag ab, und die Starostei in Hohensalza weigerte sich, den Vertrag zu

verlängern mit der Begründung, daß sie das Gebäude für andere Zwecke brauche. Demzufolge mußte mit dem 1. April der deutsche Unterricht eingestellt werden. Die Umschulung der Kinder in die nächste deutsche Privatschule wurde den Eltern vom Schulinspektor in Hohensalza verboten. Die deutschen Kinder wurden zwangsweise auf die zuständigen polnischen Ortsschulen verteilt. Die polnische Presse aber faselt von der Freiheit der Deutschen in Polen.

Die Tradition der Aufstände.

Am 29. März wurden bei Kornowatz in Ostoberschlesien 14 Reichsdeutsche, die in Ratibor ihrer Wahlpflicht genügt hatten und sich auf einem Leiterwagen auf der Rückfahrt in ihren im Kreise Rybnik gelegenen Heimatort befanden, von einer Horde sogen. Jungaufständischer überfallen. Nachdem die Deutschen schon bei der Durchfahrt durch Kornowatz angepöbelt und belästigt worden waren, wurden sie kurz hinter dem Ort von einem mit Jungaufständischen besetzten Lastkraftwagen eingeholt. Die Insassen des Kraftwagens sprangen ab und schlugen, zunächst neben dem weiterfahrenden Leiterwagen herlaufend, mit Stöcken und Gummiknüppeln auf die Deutschen ein. Als einer der Deutschen, Josef Schofa, abstieg und seinen reichsdeutschen Paß vorwies in der Meinung, die uniformierten Gesinnungsfreunde des Wojewoden Grazynski durch den Hinweis auf die fremde Staatsangehörigkeit von weiteren Gewalttätigkeiten abhalten zu können, wurde er sofort zu Boden geschlagen. Zwei weitere Deutsche wurden vom Wagen gezerrt. Einer von ihnen, Johann Lischka, wurde, am Boden liegend, schwer mißhandelt. Ein anderer, Anton Lischka, wurde bis zu einem nahe gelegenen deutschen Hause, in das er flüchtete, verfolgt. Inzwischen fielen die übrigen Mitglieder der polnischen Horde über die noch auf dem Wagen zurückgebliebenen Personen her. Sämtliche 14 Reichsdeutsche, darunter 6 Frauen, wurden schwer mißhandelt und zum Teil blutig geschlagen. Josef Schofa, der sich später im Auftrage der Ueberfallenen zur Polizei nach Rydultau begab, um die Vorgänge zu melden, wurde mit dem Bemerken abgewiesen, daß die Chwallowitzer Polizei zuständig sei. Als er am folgenden Tage dorthin ging, um die Beschwerde zu wiederholen, wurde er verhaftet und einen Tag lang auf der Wache festgehalten. Die verletzten Reichsdeutschen begaben sich zu verschiedenen polnischen Aerzten, um deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es zeigte sich jedoch, daß es die sogen. polnische Kultur nicht zuläßt, deutschen Menschen ärztlichen Beistand zu leihen. Nur einer war „kulturlos" genug, den Deutschen seine Hilfe nicht zu verweigern. Die „Polska Zachodnia", das amtliche Hetzorgan der Wojewodschaft Schlesien, brachte es fertig, auch in diesem Falle von einer deutschen „Provokation" zu sprechen. Die Teilnehmer an dem Ueberfall haben bewiesen, daß sie die Tradition der Aufstände zu wahren verstehen und daß sie wissen, was sie der Uniform, die sie tragen, schuldig sind.

Ein edler Wettstreit.

Zu einem edlen Wettstreit hatten sich am 23. März zwei größere polnische Gruppen im „Polnischen Haus" in Königshütte versammelt. Die Christlichen Demokraten Korfantys wollten sich nicht nachsagen lassen, daß sie in der Bekämpfung des Deutschtums weniger tüchtig als die Parteigänger des Wojewoden Grazynski sind. Sie beriefen daher eine Versammlung ein, um auch wieder einmal ihre warnende Stimme gegen die „deutsche Gefahr" tönen zu lassen. Als sie aber mit der Versammlung beginnen wollten, fanden sie das „Polnische Haus" schon besetzt. Die Anhänger Grazynskis wollten sich von den Leuten Korfantys in ihrem Kampf gegen die gefährlichen Deutschen keine Konkurrenz machen lassen. Zuerst standen sich die beiden Gruppen ein wenig verdutzt gegenüber. Dann fingen sie an, sich gegenseitig zu beschimpfen wie die homerischen Helden. Und als die Köpfe genügend rot geworden waren, griffen sie nach Knüppeln und Stuhlbeinen, um den Biceps über den Ruhm der größeren Deutschenfeindschaft entscheiden zu lassen. Die Einrichtung des „Polnischen Hauses" ging bei dem geistigen Wettstreit teilweise in Trümmer. Wer das Schlachtfeld schließlich behauptet hat, hat sich an Hand der von der „Polska Zachodnia" und der „Polonia" veröffentlichten Heeresberichte nicht einwandfrei feststellen lassen.

In Ost-O.-S. erzählt man sich . . .

In Ostoberschlesien geht das Gerücht um, daß es in der ganzen Wojewodschaft keinen Gemeindevorsteher mehr gibt, der

nicht vorbestraft ist. Das ist vielleicht ein wenig übertrieben. Aber es ist doch immerhin bezeichnend, daß sich die polnische Regierung — nach einer Mitteilung des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ — mit der Vorbereitung eines Gesetzentwurfes befaßt hat, der einen Passus enthält, demzufolge die zuständige Aufsichtsbehörde, also die Wojewodschaft, auch solchen Bewerbern die Erlaubnis zur Verwendung im Kommunaldienst erteilen kann, die durch ein Disziplinarverfahren aus dem Staats- oder Militärdienst entfernt oder wegen eines Vergehens aus niedrigen oder gewinnsüchtigen Motiven gerichtlich bestraft worden sind. In dieser Bestimmung ist das Eingeständnis enthalten, daß es unter den für den Kommunaldienst hinreichend vorgebildeten Leuten in Polen solche, die noch nicht vorbestraft sind, in genügender Zahl nicht gibt. Das erwähnte Gerücht kann also wohl doch nicht völlig aus der Luft gegriffen sein.

Die Kreissparkasse Graudenz in Liquidation.

Zahlreiche Gläubiger der früheren Kreissparkasse Graudenz erwarten noch die Auszahlung von aufgewerteten Spargutshaben von der jetzigen „Komunalna Kasa Oszczednosci powiatu Grudziadz“. Die Kasse ist in Liquidation und nicht zahlungsfähig. Die frühere Zusage, daß die Zahlung nach Genehmigung des Sanierungsplans durch das polnische Ministerium des Innern beginnen würde, hat sich nicht erfüllt, es muß vielmehr zunächst abgewartet werden, welche Beträge aus den Hypothekenforderungen, die die Sparkasse auf Grund früherer Ausleihungen hat, im Aufwertungsverfahren eingehen. Diese Eingänge können sich aber bei den jetzigen polnischen Sonderbestimmungen, die weitgehendsten Zahlungs- und Vollstreckungsschutz den Hypothekenschuldnern gewähren, und über die auch in der deutschen Presse kürzlich eine Veröffentlichung erfolgt ist, nur sehr langsam vollziehen. Die frühere Aufwertungsabteilung des Deutschen Ostbundes, deren Arbeit nach Auflösung des Ostbundes durch die Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., (Berlin W 30, Motzstr. 46) fortgesetzt wird, bittet von Anfragen abzusehen. Sobald die Kreissparkasse Graudenz Auszahlungen leistet, wird unaufgefordert weitere Nachricht ergehen.

Das Hotel „Concordia“ in Allenstein.

Die „Gazeta Olsztynska“ hatte sich in ihrer Nummer vom 11. Dezember v. J. darüber beschwert, daß das Hotel „Concordia“ in Allenstein vom Kreisleiter der NSDAP., Pg. Schiedat, unter den für alle Parteimitglieder in Zivil und Uniform verbotenen Lokalen aufgeführt worden ist. Das Polenblatt hatte diese Mitteilung mit der Bemerkung versehen, daß seiner Ansicht nach „ein Verbot nur deswegen, weil das Lokal ein polnisches ist“, der Begründung entbehre, und daß „die Aufrechterhaltung des Verbotes unerwünschte Folgen nach sich ziehen könnte“. Dazu ist zu bemerken: Bei dem betreffenden Rundschreiben handelt es sich um eine interne Dienstanweisung der Kreisleitung. Das Verbot bezieht sich auf alle Lokale der Stadt, die politisch oder sonstwie anrüchig sind. Das Hotel „Concordia“ hat auf die Liste gesetzt werden müssen, weil ein Lokal, in dem sich wiederholt unliebsame Auftritte ereignet haben, als ein geeigneter Aufenthaltsort für Mitglieder der NSDAP. nicht mehr in Betracht kommen kann. Daß das Hotel ein polnisches Lokal ist, hat bei der Aufnahme in die Liste verbotener Lokale keine Rolle gespielt. Es wäre nützlicher, wenn der Polenbund, der in dieser Sache interveniert hat, seine überschüssige Kraft darauf verwenden wollte, das in dem betreffenden Lokal verkehrende Publikum zu einem disziplinierteren Verhalten zu erziehen. Auch ist die Erregung des Polenbundes über das erwähnte Rundschreiben nur schwer zu verstehen, da er doch sonst so großen Wert darauf legt, daß seine Leute „unter sich“ bleiben können.

Die See- und Kolonialliga.

Ueber die Entwicklung der polnischen See- und Kolonialliga veröffentlichte der „Dzien Pomorski“ am 30. März folgende Zahlen. Am 1. Januar d. J. zählte die Liga 556 Ortsgruppen und 2 148 Schulgruppen mit insgesamt 337 600, bezw. 115 300 Mitgliedern. Allein im Laufe des Jahres 1935 konnte die Liga 1 618 neue Gruppen gründen und 182 900 neue Mitglieder werben. Die Liga gibt zur Zeit drei Monats- und Vierteljahrsschriften und eine Reihe literarischer und wissenschaftlicher Werke über See- und Kolonialfragen heraus. Diese auffällig rasche Entwicklung eines scharf gegen Deutschland eingestellten Verbandes sollte zu denken geben.

Besucht den deutschen Osten!

Zulassungskarten für den Korridorverkehr. Die seit dem 7. Februar d. J. bestehende Einschränkung des Zugverkehrs durch den Korridor hat für die Zeiten besonderen Verkehrsandranges die Einführung von Zulassungskarten notwendig gemacht, deren Ausgabe erstmalig in der Osterzeit (vom 5. bis 17. April) erfolgt ist. Reisende ohne Zulassungskarten werden in dieser Zeit zur Mitfahrt in den durchgehenden Zügen zwischen Berlin und Ostpreußen nicht zugelassen. Zulassungskarten werden auf Antrag bei Vorweisung oder Lösung eines gültigen Fahrscheines nach oder von Ostpreußen kostenlos ausgegeben (Schlafwagenreisende erhalten die Zulassungskarte zugleich mit der Bettkarte). Die Ausgabe der Zulassungskarten erfolgt frühestens 10 Tage und spätestens 24 Stunden vor Abgang des betreffenden Zuges. Für die Rückreise mit Rückfahrkarte oder nach Fahrtunterbrechung ist erneut eine Zulassungskarte erforderlich. Platzkarten werden für die Züge, für die Zulassungskarten notwendig sind, nicht ausgegeben. In der Zeit, in der Zulassungskarten erforderlich sind, sind Gesellschafts- und sonstige Gruppenfahrten zur Eisenbahnbeförderung nicht zugelassen. Diesen Personengruppen steht der „Seedienst Ostpreußen" zur Verfügung, der während des Osterverkehrs den Betrieb erheblich verstärkt hat. Keine Zulassungskarten sind erforderlich für die Personenzüge über die polnische Durchgangsstrecke Groß-Boschpol-Marienburg, sowie für die durchgehenden Kurswagen über die polnische Durchgangsstrecke Korsenz-Dt.-Eylau, ferner für den gesamten internationalen Reiseverkehr mit oder über Ostpreußen.

Seedienst Ostpreußen: Um den Verkehr nach Ostpreußen großzügig zu fördern, wird der „Seedienst Ostpreußen" im kommenden Sommer, in der Hauptbetriebszeit vom 20. Juni bis 31. August, zeitweilig sechs Schiffe einsetzen. An den Tagen des Hauptverkehrs werden zwei bis drei Schiffe zugleich die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich herstellen. Vom 20. Juni bis 31. August wird an jedem Sonnabend-Nachmittag ein besonders billiger Ostpreußen-See-Sonderzug (OSS) von Berlin nach Swinemünde verkehren, während in Pillau ebenso billige Anschlußzüge nach Königsberg und dem Innern Ostpreußens bereitstehen. Jeden Sonntag wird ein gleicher „OSS-Zug" von Königsberg nach Pillau und anschließend an das Schiff von Swinemünde nach Berlin verkehren. Diese Züge bieten zwischen Berlin und den wichtigsten Knotenpunkten Ostpreußens eine Fahrpreisermäßigung von 60 vH.; sie verkehren mit großer Geschwindkeit zuschlagfrei.

Ausbau von Unterkünften und Gaststätten: Wie der Landesverkehrsverband Ost- und Westpreußen mitteilt, ist es dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen gelungen, erhebliche Mittel für den Ausbau und die besonders dringliche Modernisierung der ostpreußischen Hotels und Gaststätten freizumachen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß den ostpreußischen Hotelbesitzern, Gast- und Schankwirten noch bis zum Beginn der Reisezeit mindestens zwei Millionen Reichsmark zur Verbesserung und Vergrößerung ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt werden können. Im Rahmen seiner tatkräftigen Bemühungen um Ostpreußen als Reiseland wird Oberpräsident Koch auch dem Bau von Unterstellräumen für Kraftwagen besondere Förderung angedeihen lassen.

100 Jahre Bad Oppelsdorf-Oberlausitz: Das unweit Zittau in der Sächsischen Lausitz gelegene Bad Oppelsdorf feiert am 18. und 19. Juli sein hundertjähriges Bestehen. Der schöngelegene Ort ermöglicht Schwefel-, Moor- und Stahlbad-Kuren. Unter den sächsischen Bädern erreichte er 1935 die durchschnittlich längste Aufenthaltsdauer des einzelnen Kurgastes.

Drei Stadtjubiläen in Sachsen: In Sachsen feiern in diesem Jahre drei Städte Jubiläum. Rochlitz wird 1000 Jahre alt und veranstaltet aus diesem Anlaß vom 20. bis 22. Juni ein Jubiläumsfest. In Geithain wird vom 29. August bis zum 1. September das 750 jährige Bestehen der Stadt und in Liebstadt, der kleinsten Stadt Sachsens im Vorland des Osterzgebirges, vom 30. Mai bis zum 7. Juni das 650 jährige Bestehen der Gemeinde gefeiert.

„Amberger Blut": Die in der Bayerischen Ostmark gelegenen Stadt Amberg wird auch in diesem Jahre ihr Heimatspiel „Amberger Blut" aufführen. In der dafür vorgesehenen Zeit vom 4. bis 12. Juli sollen außerdem eine Trachtenschau der Bayerischen Ostmark und ein großes Volksfest veranstaltet werden.

Burg Tost wird wiederhergestellt: Die unweit von Gleiwitz, an der Bahnlinie nach Oppeln-Breslau gelegene Burg Tost, einer der wenigen Zeugen romantischer Ritterherrlichkeit in Oberschlesien, wird jetzt wiederhergestellt. Die Burg, in der der Dichter Joseph von Eichendorff einen Teil seiner Jugend verbrachte und die er später oft besungen hat, brannte kurz vor den Befreiungskriegen ab und war seitdem dem Verfall preisgegeben. Der Wiederaufbau, der sich über eine Reihe von Jahren erstreckt, wird nach den Plänen des bekannten Burgen-Architekten, Professor Bodo Ebhardt durchgeführt. Die Burg wurde einst von dem aus Italien stammenden Grafen Colonna zu einem der prächtigsten Edelsitze Ostdeutschlands ausgebaut. Später gelangte sie in den Besitz der Familie des Freiherrn von Eichendorff und wurde vom Vater des Dichters an den Grafen Gascin verkauft.